

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Landtags

Aktuelle Stunde

Die Fraktion Die Linke hat mit Schreiben vom 22. Januar 2026 eine Aktuelle Stunde zum Thema

„Was hat die Landesregierung getan, um einen Abschiebestopp in den Iran zu ermöglichen?“

beantragt.

Begründung:

Medienberichten und Erhebungen verschiedener Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden im Iran im Zusammenhang mit den Protesten gegen das autoritäre und islamistische Regime tausende Personen getötet. Die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz (SPD-geführt), Schleswig-Holstein (CDU-geführt), Nordrhein-Westfalen (CDU-geführt) und Brandenburg (SPD-geführt) haben bereits sofortige Maßnahmen ergriffen und einen Abschiebestopp in den Iran erlassen. Die Fraktion Die Linke hat mehrfach gefordert, dass auch Thüringen einen solchen Abschiebestopp erlassen sollte, es gibt zahlreiche betroffene Iraner und Iranerinnen in Thüringen. Die öffentliche Debatte darüber läuft seit Wochen und die Landesregierung bespricht dieses hochsensible, menschenrechtsrelevante Thema nach eigener Aussage bisher nicht im Kabinett. In der Aktuellen Stunde soll die Landesregierung nun öffentlich Stellung beziehen und erklären, warum sie den Beispielen anderer Länder nicht folgt.

Dr. Thadäus König
Präsident des Landtags